

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 23, 2014

Kompetenzen von Erwachsenen

Zu wenig Resonanz auf PIAAC?

Praxis

Politische Folgerungen zu den PIAAC-Ergebnissen

Gabriele Schmid, Michael Tölle,
Elisabeth Steinklammer und Pia Lichtblau



Politische Folgerungen zu den PIAAC-Ergebnissen

Gabriele Schmid, Michael Tölle, Elisabeth Steinklammer und Pia Lichtblau

Schmid, Gabriele/Tölle, Michael/Steinklammer, Elisabeth/Lichtblau, Pia (2014): Politische Folgerungen zu den PIAAC-Ergebnissen.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 23, 2014. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/14-23/meb14-23.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: PIAAC, Lesekompetenzen, Bildungsbedarf, Basisbildung, ArbeiterInnenbildung, gewerkschaftliche Bildung, arbeitsplatznahes Lernen

Kurzzusammenfassung

Der vorliegende Beitrag beschreibt und kommentiert ausgewählte Daten aus dem Survey of Adult Skills im Rahmen der PIAAC-Studie. Die AutorInnen, VertreterInnen der Arbeiterkammer Wien und des Verbandes Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung, fordern politische Antworten auf die aus den Daten abgeleiteten Bildungsbedarfe. Verlangt werden etwa ein zweites Gratiskindergartenjahr sowie eine Aufwertung von Betrieben als Lernorte. Aussehen, Möglichkeiten und Herausforderung gewerkschaftlicher Bildung werden dabei ebenso thematisiert wie Möglichkeiten der Bildungsfreistellung für InteressenvertreterInnen. (Red.)

Politische Folgerungen zu den PIAAC-Ergebnissen

Gabriele Schmid, Michael Tölle, Elisabeth Steinklammer und Pia Lichtblau

Österreich hat es verstanden, sich über Jahre hinweg von internationalen Studien zum Thema Analphabetismus und Basiskompetenzen fernzuhalten. Wahrscheinlich ist die Einführung der Schulpflicht unter Maria Theresia dafür verantwortlich – das Bewusstsein über diesen historischen Schritt ließ den Verdacht, dass jemand in diesem Land nur schlecht lesen kann, erst gar nicht aufkommen.

Seit PIAAC (Programme for the International Assessment of Adult Competencies) ist das nun anders. Nicht nur konnte sich Österreich zur Entscheidung durchringen, bei dieser großen OECD-Studie mitzutun (was immerhin über drei Millionen Euro gekostet hat), sondern es geht seit Oktober 2013 um mehr als in den Raum gestellte Hypothesen von BildungsexpertInnen: Die Ergebnisse liegen auf dem Tisch, wissenschaftlich empirisch abgesichert. Wir haben Zahlen, Punkteskalen und die Möglichkeit zum Vergleich (siehe OECD 2013).

Bei der Lesekompetenz ist es Österreich fast gelungen, die Schallmauer von einer Million zu erreichen – allerdings im negativen Sinne: 970.000 Personen erreichen maximal (die Risiko-)Stufe 1.

Der folgende Beitrag soll mehrere Facetten dieses Resultates ansprechen: Neben dem reinen Bildungsaspekt geht es nämlich auch um demokratie- und migrationspolitische Herausforderungen und um neue Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Bildung als Reaktion auf PIAAC.

Politische Folgewirkungen geringer Basisbildung¹

Demokratie braucht BürgerInnen, die mitreden können, oder, wie schon Karl Jaspers sagte, setzt die Demokratie die Vernunft des Volkes voraus, die sie erst hervorbringen soll. Wollen wir ernsthaft Demokratie, so braucht es BürgerInnen, die mitreden und mitgestalten wollen. Wenn die strukturellen Voraussetzungen für Beteiligung – nämlich zu verstehen, worum es überhaupt geht – nicht gegeben sind, droht ein wesentlicher Teil der BürgerInnen ausgeschlossen zurückzubleiben. Interessanterweise hat das politische System bisher kaum auf die PIAAC-Ergebnisse reagiert. Kaum jemand hat dazu Stellung genommen, das Interesse wurde eher in Richtung Schule als Präventionsanstalt abgeleitet. Die PIAAC-Erhebung 2011/12 zu den Schlüsselkompetenzen Erwachsener in Österreich zeigt, dass nahezu eine Million Menschen in Österreich umfassende Probleme beim sinnerfassenden Lesen haben. Diese Gruppe zeichnet sich durch weitere – durchaus erwartbare – Merkmale aus: Viele haben maximal

¹ Bei diesem Abschnitt handelt es sich größtenteils um eine Wiederveröffentlichung des Blogbeitrags von Gabriele Schmid „Erst abgehängt – dann ausgeschlossen“ vom 12. Dezember 2013 (siehe Schmid 2013).

Pflichtschulabschluss; sie sind eher älter; sie haben geringe Einkommen; darunter sind viele MigrantInnen und geringfügig mehr Frauen als Männer. Dieses Manko an einer grundlegenden Kompetenz wirkt in unserer Medien- und Wissensgesellschaft ausschließend. Da gibt es kaum Zugang zu guten und gut bezahlten Jobs, da bleibt wenig Spielraum, sich frei zu entfalten und sich am Arbeitsmarkt zu bewegen. Die meisten Ereignisse geschehen fremdbestimmt. Nicht lesen zu können, heißt auch, dass grundlegende Zugänge – sich zu informieren, sich auszutauschen, neue Argumente zu hören und zu reflektieren – weitgehend fehlen. Diese Gruppe hat auch deutlich weniger soziales Vertrauen, sieht also misstrauisch, was rundherum geschieht. Sie bleibt in Politik und Gesellschaft außen vor. Dazu ist eine Neigung dieser Gruppe, rechtspopulistischen Meinungsmachern auf den Leim zu gehen, entstanden (siehe Spier 2014). Zwei üble Folgen sind im Werden: Die Ausgegrenzten beteiligen sich zunehmend weniger an Wahlen und werden politisch immer geringer wahrgenommen. Im Gleichschritt werden jene stärker, die gegen eine solidarische Umverteilung sind, die ihren Reichtum nicht teilen wollen.

Michael Hartmann, deutscher Eliteforscher, schrieb 2010: *„Die untere Hälfte der Bevölkerung – vor allem aber das untere Drittel, also die Armen – haben das Gefühl, dass sich keiner für sie interessiert und sich keiner um sie kümmert. Und die Wahlbeteiligung sieht in dieser Gruppe entsprechend schlecht aus. Wenn Sie die Wahlbeteiligung von gutbürgerlichen Wohnvierteln mit der von sogenannten sozialen Brennpunkten vergleichen, dann merken Sie: In den gutbürgerlichen Wohnvierteln wird wie früher zu 80 bis 90 Prozent gewählt, in den armen Wohnvierteln nur noch zu 30 Prozent“* (Hartmann 2010, o.S.).

Die neoliberale Gedankenwelt, der wir weiterhin ausgesetzt sind, denkt individualistisch, denkt an Konsum und grenzt sich gern vom Gemeinsamen, vom Solidarischen ab. So gelingt es auch in Österreich ganz gut, etwa den Sozialstaat madig zu machen und das Gefühl zu stärken, von diesem würden ohnehin nur die anderen profitieren. Owen Jones beschreibt das sehr eingängig in seinem Buch *„Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse“* (2012): *„Armut und Arbeitslosigkeit sollten nicht mehr als*

soziales Problem gelten, sondern als moralisches Fehlverhalten von Einzelnen. Wer sich nur bemüht, wird schon Erfolg haben, lautete die große Lüge. Arm war man, weil man faul, verschwenderisch oder unmotiviert war“ (Jones 2012, S. 13).

Da wundert es nicht, dass die VereinfacherInnen, jene, die das Gefühl der Benachteiligung gegen jene „da oben“ oder besser „die einwandernden Eindringlinge“ kanalisieren können, erfolgreich sind². Das geht in Österreich besonders gut, weil es fortschrittliche Gruppen und Parteien nicht schaffen (wollen?), jene – möglicherweise nicht immer leicht verständlichen – Rufe nach mehr ausgleichender Gerechtigkeit mit solidarischen Antworten aufzufangen. Nicht nur, dass intellektuelle Diskurse ja gar nicht den Anspruch erheben, auch jene einbeziehen zu wollen, von denen oft die Rede ist. Aber dass es kaum Auseinandersetzung, kaum Vorschläge und Ansätze gibt, wie diese Ausgegrenzten denn wieder ins Boot geholt werden können – das ist schlecht. Was hier sehr oft fehlt, ist die Betonung des notwendigen Zusammenhalts unterschiedlicher Gruppen und Interessen für eine solidarische Gesellschaft. Bis auf wenige Ausnahmen sollten wir den Sozialstaat verteidigen und ausbauen, wenn wir individuell gut leben wollen. Denn individuell gut leben können wir doch nur, wenn wir nicht fürchten müssen, dass frustrierte Entrechtete uns unseren Anteil streitig machen wollen. In den „Gefängnisheften“ schreibt Antonio Gramsci: *„Eine neue Kultur zu schaffen bedeutet nicht nur, individuell ‚originelle‘ Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits entdeckte Wahrheiten kritisch zu verbreiten, sie sozusagen zu ‚vergesellschaften‘ und sie dadurch Basis vitaler Handlungen, Element der Koordination und der intellektuellen und moralischen Ordnung werden zu lassen. Dass eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine ‚philosophische‘ Tatsache, die viel wichtiger und ‚origineller‘ ist, als wenn ein philosophisches ‚Genie‘ eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt“* (Gramsci 2002, Bd. 6, H. 11, §12).

In der Bildung geht es darum, dass jene Menschen, die aus welchen Gründen auch immer heute nicht

2 Florian Hartleb betont dabei die Bedeutung der „Islamfeindlichkeit“ (siehe Hartleb 2011).

mitmachen können, Zugang zu Bildung bekommen. Die muss dann aber an die Bedürfnisse der Menschen, an die sie sich richten soll, angepasst werden. Soll heißen: Das Lernen muss am Arbeitsplatz stattfinden können und darf nicht in die Freizeit gedrängt werden, wo Zeit und Geld für dieses Vorhaben fehlen. Die Arbeiterkammer (AK) betont in ihrem Programm zu Schule, Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung (siehe AK-Österreich 2013), dass Zugänge zur Weiterbildung für alle da sein müssen und immer wieder neu geschaffen, verbessert und abgesichert werden müssen. Auch Erwachsene brauchen die Chance, Basiskompetenzen und formale Bildungsabschlüsse zu erwerben. Daher die Forderung:

- „*Alphabetisierung und Basisbildung müssen flächendeckend und ohne Teilnahmegebühren angeboten werden*“ (ebd., S. 17): Die „Initiative Erwachsenenbildung“³ muss finanziell besser ausgestattet werden.
- „*Für ‚bildungsferne Erwachsene‘ sind neue Lernformen und -modelle zu entwickeln*“ (ebd., S. 19).

Interessanterweise sind gerade diejenigen, gegen die sich die Ressentiments von autochthonen ModernisierungsverliererInnen richten, häufig in der Gruppe der Schlecht-LeserInnen vertreten.

PIAAC zeigt auf: MigrantInnen der 2. Generation signifikant öfter auf Risikostufe 1

Die PIAAC-Ergebnisse sind ja generell nicht besonders erfreulich. Österreich bewegt sich unter den 23 ausgewerteten Teilnahmeländern bei Alltagsmathematik und Problemlösen im Kontext neuer Technologien nur im Mittelfeld und kratzt beim Lesen am untersten Quartil: nur Platz 17. 17,1% der Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren können in Österreich nur auf Kompetenzstufe 1 lesen – oder noch schlechter.⁴ Was heißt nun konkret Stufe 1 bei der Lesekompetenz? Hier ein Testbeispiel, welches schon in Richtung Stufe 2 geht: Eine Information

zu den „Regeln im Kindergarten“ ist durchzulesen. Regel Nummer eins von insgesamt neun Regeln ist „Sorgen Sie bitte dafür, dass Ihr Kind bis 9 Uhr hier ist“. Anschließend soll die Frage „Um welche Uhrzeit sollen die Kinder spätestens im Kindergarten eintreffen?“ richtig beantwortet werden. Das klingt mutmaßlich nach einer einfachen Aufgabe, war es aber für viele nicht, die den Text nicht wirklich verstanden und verarbeitet haben.

Wo eine andere Erstsprache als Deutsch vorhanden ist, dort sind die PIAAC-Testergebnisse besonders alarmierend. ZuwanderInnen (vor allem, wenn sie nach Beendigung der Schulpflicht nach Österreich kommen) können natürlich nur mühsam auf ein vergleichbares Leseniveau im Deutschen kommen wie autochthone „ÖsterreicherInnen“ oder „Deutsche“. Aber warum können jene „MigrantInnen“, die hier schon geboren sind, also MigrantInnen der sogenannten 2. Generation, die in Österreich ihre Schulpflicht „erfüllt“ haben, nicht besser lesen – und warum fallen sie im internationalen Vergleich ab?⁵

Wer bereits in Österreich geboren ist, aber eine andere Erstsprache als Deutsch hat, hinkt als Erwachsene/r bei der Lesekompetenz signifikant stärker hinterher als in anderen Ländern: Wir haben eine durchschnittliche Differenz in der Lesekompetenz von 24 Punkten, während der OECD-Durchschnitt bei 13 Punkten liegt. In den USA beläuft sich der Abstand nur auf acht Punkte, sehr gut positioniert ist Kanada mit kaum sichtbaren zwei Punkten. Weil Englisch so viel leichter ist? 11,8% von jenen, die in Österreich geboren sind und Deutsch als Erstsprache sprechen, befinden sich bei der Lesekompetenz auf Stufe 1 oder darunter. Das ist immerhin fast jede/r Achte. Aber bei jenen, die in Österreich geboren sind und nicht Deutsch als Erstsprache sprechen, liegt der Prozentsatz bei 28,6%! Das ist ein wirklich schlechtes Ergebnis, das sind nahezu drei von zehn. Eine logische Erklärung liegt auf der Hand: Das österreichische Schulsystem fördert den Spracherwerb in Deutsch zu wenig, die Schule kann augenscheinlich dort

3 Die „Initiative Erwachsenenbildung“ wird flächendeckend seit 2012 in Österreich umgesetzt und jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert.

4 Wer nicht ausreichend Deutsch sprach, konnte beim Test von vornherein nicht mitmachen, ein „Nicht-Deutsch-sprechen-Können“ kann daher für das schlechte Abschneiden nicht als Erklärung herangezogen werden.

5 Die getesteten Personen bei PIAAC sind alle mindestens 16 Jahre alt, sie haben also zumindest neun Schuljahre in Österreich absolviert.

nicht entsprechend kompensieren, wo die Umgangssprache nicht Deutsch ist. Für SchulpolitikerInnen stellt sich nun die Frage: Was tun? Ist die Schule prinzipiell überfordert, oder kann man mit mehr Ressourcen gegensteuern?

- Besser ist so früh wie möglich zu beginnen, nämlich bereits im Kindergarten. Nachdem der Kindergartenbesuch im letzten Jahr bereits Pflicht ist, sollte nach Auffassung der AK ein zusätzliches zweites (Gratis-)Kindergartenjahr verpflichtend werden.
- In der Volksschule braucht es dann konsequentes Team-Teaching in Deutsch und mehr Leseförderung.

Nicht wirklich lesen zu können, führt zu „funktionalem Analphabetismus“, das ist in der Erwachsenenbildung nur mit relativ viel Aufwand zu beheben. Aber wer in der Erwachsenenbildung angelangt ist, soll selbstverständlich die Chance bekommen, seine Lesekompetenz (und „Schriftsprachkompetenz“) weiter zu entwickeln. Noch einmal aus dieser Perspektive fordert die AK:

- Die „Initiative Erwachsenenbildung“ ab 2015 zu verlängern und dort auszubauen, wo der Bedarf größer ist als das Angebot. Das ist bei der Basisbildung der Fall: Ab 2015 stehen zusätzliche ESF-Mittel im Ausmaß von insgesamt 40 Millionen Euro für sechs Jahre für den Ausbau der Basisbildungskurse zur Verfügung, das bedeutet eine Verdoppelung des Kurskontingents – eine richtige Reaktion auf PIAAC.⁶
- Große Sorge machte, dass für das Nachholen des Pflichtschulabschlusses im Rahmen der Initiative Erwachsenenbildung für die Periode ab 2015 keine Mittel budgetiert waren. Im Rahmen der Klausurtagung der Österreichischen Bundesregierung von 26.-27. September 2014 wurde nun beschlossen, dass die Initiative Erwachsenenbildung für weitere drei Jahre fortgeführt wird – damit ist die Finanzierung des Pflichtschulabschlusses bis

Ende 2017 sichergestellt. Diese Entscheidung hat zentrale erwachsenenbildungspolitische Bedeutung: ein Auslaufen der Förderschiene wäre ein großer Rückschritt gewesen.⁷

- Viele, die nur schlecht lesen können, sind (trotzdem) beschäftigt – hier braucht es lernfreundlichere Arbeitsplatzumgebungen („workplace learning“), denn diese Zielgruppe (besonders auch die zugewanderten Arbeitskräfte) ist am Arbeitsplatz am ehesten zu erreichen; daher ist im Zusammenhang mit Basisbildung auch das Engagement der Betriebe gefordert.
- Österreich muss auf die PIAAC-Ergebnisse in seiner Nationalen Strategie zum lebensbegleitenden Lernen („LLL:2020“) reagieren, wo immer passend.

Das Problem Lesekompetenz auf Stufe 1 oder darunter darf sich in Zukunft in dieser Schärfe nicht mehr stellen. Es ist zu hoffen, dass PIAAC 2 (sofern Österreich wieder mittut) eine Verbesserung für Österreich zeigen wird, auch bei jenen, die eine andere Umgangssprache als Deutsch haben.

Arbeitsplatznahes Lernen ist auch Handlungsfeld für BetriebsrätInnen und Gewerkschaften, sie sind AnsprechpartnerInnen „vor Ort“ im Betrieb, können Lernprozesse initiieren und organisieren – immerhin sind 62% aller Personen mit maximal Lesekompetenz auf Stufe 1 beschäftigt! Gewerkschaftliche Bildung ohne ausreichende Fähigkeit, Texte zu lesen und zu verstehen, ist ein schwieriges Unterfangen – am Arbeitsplatz kann die Zielgruppe jedenfalls leichter als irgendwo anders erreicht werden.

Ansätze gewerkschaftlicher Bildung⁸

Gewerkschaftliche Bildung als ArbeiterInnenbildung stellt den Anspruch, nicht nur expansives, sondern auch kollektives und solidarisches Lernen zu sein, das zu politischer Analyse und kollektivem Handeln ermächtigt. Gewerkschaftliche Bildung versteht sich selbst als notwendigerweise lebenslanges

6 Die mit PIAAC begründete empirische Evidenz zur Bedarfslage im Rahmen der Initiative Erwachsenenbildung beschreibt der Beitrag von Lorenz Lassnigg, Mario Steiner und Stefan Vogtenhuber in der vorliegenden Ausgabe des Magazin erwachsenenbildung.at unter: http://erwachsenenbildung.at/magazin/14-23/10_lassnigg_steiner_vogtenhuber.pdf; Anm.d.Red.

7 Nachzulesen unter: <https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=51183>.

8 Bei diesem Abschnitt handelt es sich großteils um eine Wiederveröffentlichung des Blogeintrags von Elisabeth Steinklamer und Pia Lichtblau mit Titel „ArbeiterInnenbildung – Gegenbewegung zur entsolidarisierten Leistungsgesellschaft“, vom 27. Jänner 2014 (siehe Steinklamer/Lichtblau 2014).

Lernen – gleichzeitig verkörpern die Grundprinzipien gewerkschaftlicher Lernprozesse das Gegenteil des gängigen Verständnisses von lebenslangem Lernen. Die Europäische Vision von lebenslangem oder lebensbegleitendem Lernen beschreibt es als *„alles Lernen während des gesamten Lebens, das der Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient und im Rahmen einer persönlichen, bürgergesellschaftlichen, sozialen, bzw. beschäftigungsbezogenen Perspektive erfolgt“* (Europäische Kommission 2001, S. 9).

In der Praxis gelebt wird meist aber nur der letzte Aspekt: die beschäftigungsbezogene Perspektive. Lebenslanges Lernen wird als permanente Anpassung und Ergänzung der Qualifikationen des/der Einzelnen verstanden, um das individuelle Überleben am Arbeitsmarkt zu sichern. Die/der Lernende wird nicht als Individuum mit dem Recht auf persönliche oder gar politische Weiterentwicklung gesehen, sondern als latent defizitärer Faktor, der sich an den sich immer rascher ändernden Erfordernissen des Arbeitsmarktes auszurichten hat. Lernen wird so zu einer defensiven Strategie, es erfolgt nicht aus eigenem Antrieb und Interesse, sondern um eine Beeinträchtigung der Lebensqualität zu vermeiden. Demgegenüber steht eine Form von selbstbestimmtem, interessengeleitetem, sinnhaftem Lernen, das Klaus Holzkamp „expansives Lernen“ nennt (siehe Holzkamp 1985).

Doch wie soll dieses Lernen stattfinden, wie muss politische Bildung organisiert sein, um Phänomene wie Individualisierung und Entsolidarisierung in der modernen Arbeitswelt entgegenzuwirken und zu deren Demokratisierung beizutragen? Wie können unterschiedlichste Zielgruppen erreicht und für politische Bildung begeistert werden? Welche Rolle kann der Betrieb dabei als Ort des (informellen) Lernens spielen und wo findet dieses Lernen in Arbeitsrealitäten statt, in denen es keinen (fixen) Betrieb gibt?⁹ Im Rahmen gewerkschaftlicher Bildung sind politische Analysefähigkeit, Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit zentrale Themen. Ziel ist es nicht, Wissen anzuhäufen, sondern dieses Wissen

im Interesse der ArbeitnehmerInnen einsetzen zu können. Es geht darum, sich selbstständig durch kritische Beobachtung der Realität eine Meinung bilden und daraus gewerkschaftliche, solidarische Handlungsoptionen ableiten zu können. Damit ist gewerkschaftliche Bildung untrennbar mit Praxis und der Gestaltung eigener Lebenszusammenhänge, insbesondere der Arbeitswelt, verknüpft. Dieser Praxisbezug muss sich auch im Bildungsalltag, in den Lernsituationen wiederfinden. Er ist ihr Ausgangs- und Endpunkt zugleich. Gilt es doch im Bildungsprozess an den individuellen Erfahrungen und Praxen anzusetzen, diese in Lernschleifen zu bearbeiten, mit Wissen und Theorie zu bereichern und einen Transfer des Gelernten in die Praxis zu unterstützen.

Gewerkschaftliche Bildung darf daher auch nicht in den Bildungseinrichtungen haltmachen, sondern muss gerade den Betrieb als Ort des (informellen) Lernens wahr- und ernst nehmen (siehe Ruß 2013). Das stellt an Bildungsverantwortliche, Lehrende und Teilnehmende hohe Anforderungen, gilt es ja gemeinsam ein Lernumfeld zu schaffen, in dem die eigene Praxis reflektiert und bearbeitet werden kann (die ReferentInnen Akademie von Arbeiterkammer und dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung bietet dabei als interne Aus- und Weiterbildungsstätte zahlreiche Unterstützungsangebote). Nicht die/der Einzelne soll sich Markterfordernissen anpassen, um individuell überleben zu können, sondern gemeinsam soll Gesellschaft verändert werden, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Gewerkschaftliches Lernen ist daher immer kollektives Lernen und setzt sich so gegenwärtigen Tendenzen von Individualisierung und Entsolidarisierung entgegen. Ein solches kollektives Lernen zu planen, bedeutet, bewusst Konkurrenzsituationen zu vermeiden und gemeinsame Ziele in den Mittelpunkt der Lernprozesse zu stellen. Es beinhaltet eine dezidierte Abkehr von der in unserem Bildungssystem so stark vertretenen Defizitorientierung. Politisches Handeln braucht Begeisterung; diese gilt es zu wecken und zu fördern. Und Lernen im Gewerkschaftskontext ist notwendigerweise lebenslanges Lernen, da an und

⁹ Mit diesen Fragen haben sich Anfang Dezember 2013 rund 130 Personen aus Gewerkschaften, Arbeiterkammern sowie verschiedensten Erwachsenenbildungseinrichtungen im Rahmen der Tagung „GegenBewegungen bilden! Politische Bildung im Kontext moderner Arbeitswelt“ auseinandergesetzt. Anhand von Ausschnitten aus Erwin Wagenhofers aktuellem Film „Alphabet“ wurden in sechs Arbeitsgruppen Themen wie „Lernort Betrieb“ oder „Politische Bildung, Lebenslanges Lernen und Ökonomisierung“ diskutiert und vertieft.

in sich ständig und immer schneller verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen gelernt wird.

Im AK-Programm wird die Forderung nach erweitertem Zugang zu gewerkschaftlicher Bildung gestellt:

- *„Die Möglichkeit der Bildungsfreistellung für InteressenvertreterInnen (insbesondere ErsatzbetriebsrätInnen, JugendvertrauensrätInnen etc.) soll erweitert werden. Gerade für Frauen, die häufig als Ersatzbetriebsrätinnen und Ersatzpersonalvertreterinnen fungieren, ist dies eine Möglichkeit, sich in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit verstärkt einzubinden“* (AK-Österreich 2013, S. 19).

Zusammenfassung

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die allen hier lebenden Menschen Teilnahmechancen eröffnet. Defizite, die im Zuge der PIAAC-Ergebnisse sichtbar werden, müssen behoben werden. Allen Menschen in Österreich soll der Zugang zu Basisbildung und

damit zur Teilnahme am gesellschaftlichen und (an einem reflektierten) politischen Leben ermöglicht werden. Dabei ist auf Personen mit dem gleichen Problem – je nach Problemhintergrund – spezifisch einzugehen (etwa wenn der Migrationshintergrund ausschlaggebend für das „Nachhinken“ ist). Nicht zuletzt ist es der Lernort Betrieb, der im Rahmen gewerkschaftlicher Bildung für benachteiligte Gruppen in der Arbeitswelt zur Drehscheibe des Lernens werden soll. Dort, wo die arbeitenden Menschen zusammen ihren Alltag leben, ist das Lernen praxisnah und im Kollektiv sinnerfüllend und hoffentlich auch lustvoll. Und last but not least: Lernen ist jedenfalls nicht ausschließlich am steten Qualifizierungsgebot auszurichten, sondern muss dem menschlichen Bedürfnis nach neuem Wissen und nach Entfaltung der Persönlichkeit breiten Raum geben.

In dieser Phase nach PIAAC 1 ist klar: Die Ergebnisse sind ein Handlungsauftrag und eignen sich nicht für die Ablage. Gerade die schlechten Ergebnisse bei der Lesekompetenz müssen „weiterköcheln“. Zeit vergehen lassen und irgendwann „Schwamm drüber“ geht gar nicht...

Literatur

AK-Österreich (2013): Chancengerechtigkeit durch Bildung. Das Programm der AK zur Schule, Ausbildung, Hochschule und Weiterbildung. Wien: AK Österreich. Online im Internet: http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/Publikationen/Bildungsfolder_2013.pdf [Stand: 2014-08-03].

Europäische Kommission (2001): Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen. Mitteilung der Kommission KOM(2001) 678 endgültig. Brüssel. Online im Internet: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0678:FIN:DE:PDF> [Stand: 2014-08-03].

Gramsci, Antonio (2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe, Band 1-10. Band 6. Hamburg: Argument.

Hartleb, Florian (2011): Populismus vorbeugen und bekämpfen – sich zu Europa bekennen. Vorstellung einer neuen Studie zum Rechtspopulismus in Europa. Online im Internet: <http://www.kas.de/wf/de/33.23309> [Stand: 2014-08-03].

Hartmann, Michael (2010): Interview zur DIW-Einkommensstudie. „Sparpaket geht in die vollkommen falsche Richtung“. Online im Internet: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/interviewhartmann100.html> [Stand: 2014-08-03].

Holzcamp, Klaus (1985): Grundkonzepte der Kritischen Psychologie. In: Diesterweg-Hochschule (Hrsg.): Gestaltpädagogik – Fortschritt oder Sackgasse. Berlin: GEW, S. 31-38. Auch online im Internet: <http://www.kritische-psychologie.de/files/kh1985a.pdf> [Stand: 2014-08-03].

Jones, Owen (2012): Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse. Mainz: Verlag André Thiele.

OECD (2013): OECD Skills Outlook 2013. First Results from the Survey of Adult Skills. Paris: OECD. Online im Internet: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/skills-outlook.htm> [Stand: 2014-07-30].

Schmid, Gabriele (2013): Erst abgehängt – dann ausgeschlossen. Blogbeitrag vom 12. Dezember 2013. Online im Internet: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/abgehaengt> [Stand: 2014-08-03].

Spier, Tim (2014): „Rechtspopulistische Parteien nach der Europawahl 2014“. Interview mit Prof. Dr. Tim Spier, Politikwissenschaftler an der Universität Siegen. Online im Internet: <https://www.bpb.de/dialog/europawahlblog-2014/186658/rechtspopulistische-parteien-nach-der-europawahl-2014> [Stand: 2014-08-03].

Steinklammer, Elisabeth/Lichtblau, Pia (2014): ArbeiterInnenbildung – Gegenbewegung zur entsolidarisierten Leistungsgesellschaft. Blogbeitrag vom 27. Jänner 2014. Online im Internet: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeiterinnenbildung-gegenbewegung-zur-entsolidarisierten-leistungsgesellschaft/> [Stand: 2014-08-03].

Ruß, Helmut (2013): Lernort Betrieb. Informelles Lernen und Potentiale für emanzipatorische politische Bildung (= PPP im Rahmen der Tagung Gegenbewegungen bilden!). Online im Internet: http://blog.refak.at/blog/wp-content/uploads/2013/12/Pr%C3%A4sentation_Lernort-Betrieb_GegenBewegungen-04122013_Helmut-Ru%C3%9F.pdf [Stand: 2014-08-03].

Weiterführende Links

Dokumentation der Arbeitsgruppe: Welche Bildung braucht politische Bildung?
<http://blog.refak.at/dokumentation-der-arbeitsgruppe-welche-bildung-braucht-politische-bildung/>

Gegenbewegungen bilden! <http://blog.refak.at/gegenbewegungen-bilden>

ReferentInnen Akademie (Refak) Blog: <http://blog.refak.at/die-refak>

Seminardokumentation: Gewerkschaftliche Erwachsenenbildung – What’s that?
<http://blog.refak.at/seminardokumentation-gewerkschaftliche-erwachsenenbildung-whats-that-2>



Foto: K.K.

Mag.^a Gabriele Schmid

gabriele.schmid@akwien.at
<http://www.wien.arbeiterkammer.at>
+43 (0)1 501653121

Gabriele Schmid studierte Politikwissenschaft und Ethnologie an der Universität Wien. Nach Abschluss ihres Studiums 1989 war sie von 1990 bis 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Interdisziplinären Forschungszentrum Sozialwissenschaften (IFS). Auch war sie u.a. zwischen 1995 und 1998 Ministerassistentin der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz in Wien mit den Tätigkeitsschwerpunkten Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Familienangelegenheiten. Seit 2006 ist Gabriele Schmid Abteilungsleiterin der Abteilung Bildungspolitik der Arbeiterkammer Wien. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind: soziale Selektion im Bildungswesen, berufstätige Eltern, Weiterbildung und Qualifizierung Erwachsener sowie Strategie des Lebensbegleitenden Lernens.



Foto: K.K.

Michael Tölle

michael.toelle@akwien.at
<http://www.arbeiterkammer.at>
+43 (0)1 50165-3102

Michael Tölle studierte Soziologie, Ethnologie und Betriebswirtschaft in Wien. Er war Studienassistent an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien, Bildungsberater und Schulungsleiter am Berufsförderungsinstitut (bfi) Wien. Seit 1994 ist er Referent für Weiterbildungspolitik in der Arbeiterkammer (AK) Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen: Financing of Adult Learning und Zweiter Bildungsweg.



Foto: Markus Zahradnik

Mag.^a Elisabeth Steinklamer

elisabeth.steinklamer@akwien.at
blog.refak.at
+43 (0)1 50165-3293

Elisabeth Steinklamer ist diplomierte Kindergartenpädagogin und studierte Internationale Entwicklung mit Schwerpunkt politische Bildung in Wien. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen auf kritischer (politischer) Bildung, Gewerkschaftsbildung, informellem Lernen und Ermächtigung sowie Hegemonietheorie. Dem eigenen Anspruch folgend, Theorie und Praxis zu verbinden, arbeitete sie seit ihrem Studium in der politischen Erwachsenenbildung, als Trainerin und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und war Teil des Forschungsteams „Betriebsratsrealitäten“ für die Bildungsabteilung der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp). Seit 2012 arbeitet sie für die Arbeiterkammer Wien und ist dort pädagogische Leiterin der ReferentInnen Akademie sowie der Wiener BetriebsrätInnen Akademie.



Foto: Lisa Lux

Mag.^a Pia Lichtblau

pia.lichtblau@oegb.at
<http://www.voegb.at>
+43 (0)1 53444-39238

Pia Lichtblau studierte Publizistik und Kommunikationswissenschaft gepaart mit einer Fächerkombination aus Soziologie, Pädagogik, Psychologie, BWL und VWL. Bereits während des Studiums hat sie in verschiedenen NGOs im globalisierungskritischen und entwicklungspolitischen Bereich gearbeitet, in denen sie unter anderem auch für die Konzipierung und Durchführung von Erwachsenenbildungsangeboten verantwortlich war. Während eines einjährigen Forschungsaufenthaltes in Brasilien setzte sie sich intensiv mit emanzipatorischer Erwachsenenbildung für bildungsbenachteiligte Menschen in der Tradition der *educação popular* Paulo Freires auseinander. Ab 2009 leitete sie das Projekt „Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben“. Seit 2012 arbeitet sie im Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und ist dort pädagogische Leiterin der ReferentInnen Akademie sowie der Wiener BetriebsrätInnen Akademie.

Political Implications of the PIAAC Results

Abstract

This article describes and comments on selected data from the Survey of Adult Skills that was part of the PIAAC study. Representatives of the Chamber of Labour Vienna and the Association of Austrian Trade Union Education (VÖGB), the authors demand a political response to the educational needs revealed by the data. They demand a second free kindergarten year and a valorization of companies as places for learning. Also discussed are the appearance, opportunities and challenge of trade union education as well as possibilities for representatives to apply for educational leave. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des BMBF

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)

ISSN: 2076-2879 (Druck)

ISSN-L: 1993-6818

ISBN: 9783738603088

Projekttträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung und Frauen
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

HerausgeberInnen der Ausgabe 23, 2014

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)

Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung und Frauen)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Mag. Wilfried Hackl (Verein CONEDU)

Fachredaktion

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Klagenfurt)

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)

Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Ina Zwerger (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion und Satz

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Verein CONEDU)

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter www.erwachsenenbildung.at/magazin kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als eBook.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“.

BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien

Marienplatz 1/2/L, A-8020 Graz

redaktion@erwachsenenbildung.at

<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin>